# Freiheitsfackel

**MITTEILUNGSBLATT**

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 20


## „Nichts für uns, alles für Deutschland"

So hieß es einst, als Deutschland „erwachen" sollte ...

Die Berliner Spruchkammer (Entnazifizierungsbehörde) wird sich in Kürze mit der Groteske zu befassen haben, nachzuweisen, daß Hermann Göring kein „Opfer des Faschismus" war, sondern vielmehr als Hauptschuldiger der Hitler-Ära sein Vermögen verwirkt hat.

In einem bayerischen Vermögensverfahren im Jahre 1947 gegen Göring hatte Frau Emmy Göring durch ihren juristischen Vertreter geltend gemacht, daß der frühere Reichsmarschall im April 1945 von Hitler noch zum Tode verurteilt worden sei und daher Rechtsansprüche als Verfolgter des Naziregimes habe ...

In Berchtesgaden wurde bereits 1947 Görings in Bayern befindliches Vermögen, der Besitz an der Burg Veldenstein sowie Schmuckstücke im Werte von 150 000,— D-Mark eingezogen. Den Schmuck erhielt Emmy Göring jedoch später zurück, denn nach dem Grundgesetz sind derartige „Enteignungen" von Privatbesitz nicht zulässig. Auch in Nordrhein-Westfalen konnten Görings Wertpapiere in Höhe von mehreren hunderttausend Mark aus dem gleichen Grunde nicht eingezogen werden. Vor kurzem konnte Frau Göring noch ein wertvolles Hausgrundstück bei Westerland verkaufen und bald wird sie wieder im Besitz einer Luxusjacht Hermann Görings sein, eines dreißig Meter langen Dreischraubenschiffes, das bei Krefeld vor Anker liegt.

Als bescheidene Mütter-Darstellerin am Meininger Staatstheater kam Emmy Sonnemann einst nach Berlin. Als ihr korpulenter Siegfried an die Macht gekommen, dann dem ewig im Dalles steckenden Hauptmann a. D. ade sagen konnte, seine bisherige Behausung in der Badenschen Straße zunächst mit einem „repräsentativen" Domizil am Charlottenburger Kaiserdamm vertauschte (Doppelposten vor einem Mietshaus!!), bezog auch Frau Emmy eine standesgemäße Jungmädchenwohnung im Tiergartenviertel. Und so begann ihr Aufstieg zur „Hohen Frau" von Karinhall.

Es geht jetzt um das Berliner Vermögen Görings. In Berlin sammelte sich einst das zum größten Teil unrechtmäßig erworbene Vermögen der nationalsozialistischen Führung an. Die gesetzlichen Voraussetzungen für nazistische Wiedergutmachungen liegen hier beruhigenderweise anders: In Berlin können nach einwandfreien strafprozessualen Vorschriften Geldstrafen in unbegrenzter Höhe gegen die Hauptschuldigen der nationalsozialistischen Ära verfügt und damit noch vorhandene Vermögenswerte eingezogen werden. Dem wachsamen Innensenator Lipschitz ist das Verdienst zuzuschreiben, die Aktion der Entnazifizierung der Hauptschuldigen nicht geschlossen zu haben, wie dies in allen übrigen Ländern der Bundesrepublik geschah. Am 10. Februar d. J. wurde Frau Göring als Haupterbin des Göringschen Vermögens

mitgeteilt, daß das Berliner Sühneverfahren gegen ihren Mann, der im Nürnberger Gefängnis durch Selbstmord endete, eingeleitet sei. Es geht bei diesem Berliner Vermögen Görings um Wertpapiere, Konten und Kunstbesitz, vornehmlich Skulpturen, im Werte von insgesamt 1 Million DM. Der Geldbesitz erstreckte sich ursprünglich auf über 7 Millionen Reichsmark, im Verhältnis 10 : 1 abgewertet, also auf 750 000,— DM.

### Hermann Göring 1934 und 1946

Auf einer Pressekonferenz am 2. Juli 1934: „Ich habe meinen Auftrag erweitert!"

Das heißt, er hatte am 30. Juni 1934 mehr Leute umbringen lassen, als vorgesehen war.

Im Jahre 1946 vor dem Nürnberger Gericht: „Ich möchte noch einmal vor dem Hohen Gericht klar aussprechen: Ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt, einen Mord befohlen und ebensowenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet . . ."

Zur Bekräftigung seiner Worte rief er den „Allmächtigen" und „sein" deutsches Volk zum Zeugen an.

### Franz heißt — der von Papen

Zunächst klein am Rande: Im Baden-Württembergischen Landtag hat es kürzlich Krach gegeben. Zu einer im Hochschwarzwald veranstalteten Staatsjagd war auch der frühere Reichskanzler von Papen eingeladen worden, wie andere benachbarte Gutsbesitzer und Jagdpächter, die immer zu solchen Jagden eingeladen werden, neben „Persönlichkeiten, die sich um das Land verdient gemacht haben". —

Als diese Einladung im Ministerrat einer kritischen Beurteilung unterzogen wurde und man zugab, daß Papens Rolle im Dritten Reich „umstritten" gewesen sei, brachte das die Sozialdemokraten und einen Teil der Landespresse in Harnisch: Von Papen sei ganz unumstritten der Steigbügelhalter Hitlers!

Der leitende Beamte des staatlichen Forstamtes, von dem aus die Einladung zu der Staatsjagd an Papen ergangen war, ist zur Zeit nicht greifbar. Er befindet sich augenblicklich zu einer „Jagdstudie" am Kilimandscharo, wo er im Auftrage einer Wirtschaftsgruppe größere Tiere jagt.

Einst war er „Leibjäger" Hermann Görings . . .

### Papen und der 30. Juni 1934

Um einen Mann war Göring am 30. Juni 1934 tatsächlich besorgt: um den Stellvertreter Hitlers im Reichskabinett, den Vizekanzler Franz von Papen.

Nun stellte er zum Schutz eine Sonderwache vor das Haus.

Oberregierungsrat von Bose, Papens Pressechef, schützte kein Wachtposten. Er wurde von Himmlers SS-Männern umgebracht.

Einem Freund des Herrenreiters von Papen, dem Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener, erging es nicht anders. K., Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, wurde in seinem Dienstzimmer von dem SS-Mann Gildisch niedergeschossen und der Mörder meldet seelenruhig im selben Zimmer durchs Telefon an Heydrich: „Klausener hat Selbstmord begangen." . . .

Rechtsanwalt Edgar Jung, der Papen die Marburger Rede aufgesetzt hatte, mit der sich der Vizekanzler in die beginnende Auseinandersetzung einzuschalten versucht hat, wurde in seiner Zelle, wo er seit vier Tagen saß, zu Tode getrampelt, und seine Leiche bei Oranienburg in den Chausseegraben geworfen. Später wurde sie „beschlagnahmt" und verbrannt, wie die der anderen Ermordeten.

Am 17. Juni 1934 hatte Papen in seiner berühmten Marburger Rede erklärt:

„Man sagt, ich hätte durch die Beseitigung des Weimarer Preußenregimes und die Zusammenfassung der nationalen Bewegung einen so entscheidenden Anteil an der deutschen Entwicklung genommen, daß mir die Pflicht obliegt, die Entwicklung schärfer zu beobachten als die meisten Deutschen. Nun wohl: So sehr bin ich der in Angriff genommenen Erneuerung Deutschlands mit meinem

Herzblut verbunden, daß es vom menschlichen wie vom staatsmännischen Gesichtspunkt aus eine Todsünde wäre, nicht das zu sagen, was in diesem entscheidenden Abschnitt der deutschen Revolution gesagt werden muß. . . ."

„Deshalb, meine ich, wird der deutsche Staat einst seine Krönung in einem Staatsoberhaupt finden, das ein für allemal den politischen Kämpfen, der Demagogie und dem Streit der wirtschaftlichen Interessen entrückt ist. . . ."

„. . . Man soll sich deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß etwa aufgezwungene Glaubenskämpfe Kräfte auslösen würden, an denen auch Gewalt scheitern muß."

**„In unveränderter Treue"**

Am 14. Juli 1934 schreibt Franz von Papen, dessen engste Mitarbeiter umgebracht wurden, an Hitler folgenden Brief:

„Nachdem Sie gestern abend der Nation und der Welt den großen Rechenschaftsbericht der inneren Entwicklung, die zum 30. Juni führte, gegeben haben, habe ich das Bedürfnis, Ihnen, wie einst am 30. Januar 1933, die Hand zu drücken und zu danken für alles, was Sie durch die Niederschlagung der beabsichtigten zweiten Revolution und durch die Verkündung unverrückbarer staatsmännischer Grundsätze dem deutschen Volke neu gegeben haben.

. . . Ich wäre . . . dankbar, wenn Sie bald einmal Gelegenheit fänden, positiv festzustellen, daß ich bis heute in Loyalität für Sie, Ihre Führerschaft und Ihr Werk um Deutschland eingestanden bin und gekämpft habe. . . .

In unveränderter Treue Ihr (gez.) Papen."

**1958: Papen verlangt Pension**

(Bonn, 6. Dezember 1958, Eigener Bericht)

Der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen hat am Samstag im Auswärtigen Amt in Begleitung seines Anwaltes bei Ministerialdirektor Dittmann seine Forderung vorgetragen, vom Bund eine Pension zu erhalten.

---

# Bundesnachrichten:

**Die neuen Beitragsmarken!**

In den letzten Sitzungen des Jahres 1958 hat sich der Landesvorstand und der Beirat eingehend mit dem Problem der Beitragsvereinfachung beschäftigt und daraufhin beschlossen, ab 1. Januar 1959 folgende neue Markenwerte einzuführen:

**0,50 DM 0,80 DM 1,30 DM.**

In diesen Markenwerten ist enthalten der laufend zu zahlende monatliche Beitrag, der Beitrag zur Hilfskasse und eine Gebühr für die „Freiheitsfackel".

Kameraden, welche bisher monatlich 2,— DM und höher sowie 0,20 DM Hilfskasse zahlten, entrichten jetzt monatlich 2,30 DM oder entsprechend höher.

Dabei ist ausdrücklich zu erwähnen, daß der niedrigste Beitrag von 0,50 DM monatlich nur bei Erwerbslosen, Rentnern, Lehrlingen und Studenten zur Anwendung kommen darf.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleichzeitig alle Kameraden, die z. Z. einen Monatsbeitrag von 0,80 DM leisten, bitten, zu überlegen, ob es ihnen nicht möglich ist, in Zukunft den nächsthöheren Beitrag zu leisten. Wir würden uns freuen, wenn diese Anregung von Erfolg gekrönt sein würde.

Kameraden, darüber, daß mit einer ordnungsgemäßen und termingerechten monatlichen Beitragszahlung eine Organisation steht und fällt, sind wir uns doch wohl alle einig! Daher der Appell an alle Kameraden:

**„Zahlt Eure Beiträge pünktlich!"**

Dadurch werden den Gruppenkassierern unnötige Wege und Zeit erspart und außerdem erleichtert es den Bezirken und der Landesgeschäftsstelle die nun einmal notwendige Verwaltungsarbeit. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß Mitgliedsbeiträge jeder Art immer eine Bringeschuld sind und bleiben.

**Ewald Köppen,** Landeskassierer

## Bezirkliche Nachrichten:

**Herausgeber:** Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.